

## FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 5.5.2015

### » GIPFELJAHR 2015 – DEN DURCHBRUCH SCHAFFEN FÜR MEHR KLIMASCHUTZ UND GERECHTIGKEIT



Die Welt hat im Jahr 2015 die große Chance einen Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu erreichen. Deutschland hat dabei als Ausrichter des G7 Gipfels in Elmau und als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Aber die Bundesregierung konterkariert selbst die warmen Worte, die im Vorfeld der Gipfel abgegeben werden, durch eine widersprüchliche Politik. Wenn Deutschland nicht liefert, verspielen wir damit unsere internationale Glaubwürdigkeit. Dabei sind gerade jetzt konkrete Taten bei Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung gefragt.

Die Herausforderungen sind zahlreich. Internationale Konflikte, Bürgerkriege und Flüchtlingsbewegungen halten uns in Atem. Gleichzeitig schreitet die Klimakrise weiter voran. Die soziale Ungleichheit nimmt rasant zu: 2016 werden voraussichtlich ein Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent. Viele Migrationsbewegungen gehen auf Umweltschäden und Klimawandel zurück, viele Konflikte sind Ressourcen- und Verteilungskonflikte. Die Dichte der Krisen führt zu einer Heftpflaster-Politik, die den Konflikt von gestern notdürftig behandelt und dabei von jedem neuen Konflikt überrascht wird. Was wir brauchen ist eine vorausschauende Friedenspolitik: ein nachhaltiges und gerechtes Entwicklungsmodell. Die Bekämpfung von existenzieller Armut und sozialer Ungleichheit sind weiterhin zentrale Aufgaben der Menschheit. Wachsende Schwellenländer müssen wir dabei unterstützen ihre Entwicklung klimafreundlich zu gestalten.

Gewaltsame Konflikte, Klimakrise sowie Armuts- und Ressourcenkrisen hängen eng zusammen. Globale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander bearbeiten. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Klimakrise und ihre Folgen zu begrenzen, dann wird es zukünftig noch mehr Krisen und Konflikte geben, die Staaten destabilisieren, Hungersnöte auslösen und Menschen zur Flucht zwingen. Heute schon hat die Klimakrise die bestehenden Konflikte in Syrien und dem Irak, in Somalia und Kenia massiv verstärkt. Wir wissen – spätestens seit dem jüngsten Bericht des Weltklimarates – dass Nichthandeln teurer ist als Handeln. Die Folgen der Klimakrise sind durch Extremwetterlagen – Dürre, Unwetter, Orkane – schon heute auch bei uns deutlich zu spüren.

Auch wenn dieses Gipfeljahr nicht alle Herausforderungen lösen kann und wird, werden die Ergebnisse der Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen, die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung sowie die Verhandlungen für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen) für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Sie werden die Spielräume für nachhaltiges Handeln definieren. Vieles wird dabei davon abhängen, wie ambitioniert und glaubwürdig die EU und die Bundesregierung im Vorfeld der Konferenzen auftreten. Als Gastgeber des G7-Gipfels hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Aber Deutschland versagt bei den eigenen Klimaschutzziele und sieht sich Kritik von den G7-Partnern wegen fehlender Investitionen gegenüber.

Deutschland steht vor der Wahl: Es kann Motor für mehr Klimaschutz und Gerechtigkeit sein – oder bei Klimaschutz und Gerechtigkeit auf der Bremse stehen. Wir wollen unser Land zum Vorreiter machen.

## I. ECKPUNKTE FÜR DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION VEREINBAREN

In Addis Abeba wird im Juli über die Finanzierung der Nachhaltigkeitsagenda entschieden. Hier müssen die finanziellen Weichen für eine nachhaltige Entwicklung gestellt werden, ansonsten wird ein Erfolg der nachfolgenden Gipfel in New York und Paris noch schwieriger. Nur wenn die reichen Staaten bereit sind, finanziell und ökologisch voranzugehen und mehr als bisher beizutragen, werden sich auch die Entwicklungs- und Schwellenländer bewegen. Gleichzeitig müssen diese Länder mehr für Menschenrechte tun, Rechtsstaatlichkeit stärken, Korruption bekämpfen und ein gerechtes Steuersystem aufbauen, um eine eigenständige nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Besonders die Entwicklungsländer müssen die Chance erhalten, regionale Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln, ohne dass sie durch mächtige Industrieländer zu einer überzogenen Marktöffnung gedrängt werden.

Bei der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsagenda auf der VN-Generalversammlung in New York sollen nicht nur die unverbindlichen Normen weiterentwickelt werden. Es ist entscheidend, dass verbindliche Umsetzungsvereinbarungen getroffen werden. Absichtserklärungen auf dem Papier gibt es schon viele. Was wir endlich brauchen, sind konkrete Taten.

Auf der VN-Klimakonferenz Ende des Jahres in Paris gilt es, das nicht ausreichende Kyoto-Klimaprotokoll abzulösen und zumindest eine prinzipielle Einigung aller Staaten auf wirksame jeweils nationale Minderungen von Treibhausgasemissionen zu erreichen. Das 2-Grad-Limit muss verbindliches Ziel bleiben. An ihm und am Grundsatz der geteilten und gemeinsamen Verantwortung müssen sich die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten orientieren. Ein erfolgreicher Abschluss in Paris wird kein Schlusspunkt dieser Debatte sein, aber ein zentrales Zwischenziel für den globalen Klimaschutz.

Das Klimaprotokoll und die globalen Nachhaltigkeitsziele sind keine abstrakten Größen. Diese Vereinbarungen bestimmen unser Leben im Hier und Jetzt: wie wir arbeiten, wie wir wirtschaften, wie wir konsumieren, wie wir leben. Deswegen braucht es nicht nur die Bundesregierung, sondern das gesamte Parlament und die ganze Breite der Gesellschaft, um die Chance zu ergreifen, die in diesem Gipfeljahr liegt.

Mit dem Hinweis auf Reformbedarf werden die Vereinten Nationen (VN) auch in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik vernachlässigt. Doch ohne eine starke VN sind die globalen Herausforderungen nicht zu bewältigen. Deutschland muss sein Engagement verstärken. Nur wer als aktives Mitglied auftritt, kann Veränderung bewirken. Angesichts der zahlreichen Krisen darf das gemeinsame Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht aufgegeben werden. Die Bundesregierung soll internationale Abrüstungsbemühungen unterstützen und so einer erneuten Spirale der gegenseitigen Aufrüstung entgegenwirken. Sie muss sich aber auch für einen internationalen Atomausstieg einsetzen nicht zuletzt weil zivile und militärische Nutzung der Atomkraft nicht vollständig voneinander getrennt werden können.

Ziel muss es sein, globale Eckpunkte für eine sozial-ökologische Transformation festzulegen:

- Ziel für Paris muss es sein, das 2-Grad-Limit völkerrechtlich zu verankern und mit ambitionierten nationalen Dekarbonisierungsfahrplänen zu untermauern.
- Das bedeutet gleichzeitig, dass Uran und ein Großteil der weltweiten Vorräte an Kohle, Öl, und Gas dort bleiben müssen, wo sie hingehören – im Boden. Wir müssen endlich raus aus den fossilen nuklearen und rein in die Erneuerbaren Energien. Dazu brauchen wir eine deutliche höhere Energieeffizienz. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen bringt doppelten Nutzen: umweltschädliches Verhalten wird nicht länger gefördert, dafür werden Mittel für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung frei.
- Ziel für Addis Abeba und New York ist eine wirkliche globale Partnerschaft. Dafür müssen die Industrieländer völkerrechtlich verbindliche Finanzierungen von Entwicklungs- und

Klimaschutzmaßnahmen sicherstellen. Die Staatengemeinschaft muss nun ihr Versprechen einlösen und ab 2020 100 Milliarden Dollar jährlich für den globalen Klimaschutz und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die globale Entwicklung zur Verfügung stellen. Deutschland muss seinen Beitrag leisten und jährlich 1,2 Milliarden Euro mehr in eine nachhaltige und effektive Entwicklungsfinanzierung sowie 500 Millionen Euro mehr in internationalen Klimaschutzmaßnahmen investieren.

- » Die Industrieländer müssen auch für die Einhaltung international vereinbarter Rechte und Standards Sorge tragen. Das gilt insbesondere für Rohstoffe, Lebensmittel und Textilien. Hier muss die Einhaltung der Menschenrechte, der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie der internationalen Sozial- und Umweltstandards, für die Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennbar sein.
- » Um aktiv einen Beitrag zum Abbau der weltweiten Ungleichgewichte zu leisten, müssen Investitionen forciert werden. Die G20 haben sich 2014 in Brisbane darauf verständigt, das Weltwirtschaftswachstum zu stimulieren und das globale Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Jahren um zwei Prozent anzuheben. Schon damals war Deutschland isoliert und stand massiv in der Kritik der 19 anderen Mitgliedsstaaten. Diese Zurückhaltung findet ihre Fortsetzung. Deutschland bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Deutschland muss sich für einen globalen Green New Deal einsetzen und ein globales sozial-ökologische Investitionsprogramm anstoßen, um dadurch einen angemessenen Beitrag zum Erreichen des G20-Ziels leisten zu können. Trotz der Ankündigung der Bundesregierung, nachhaltiges Wachstum und langfristige Investitionen im Rahmen der G7-Präsidentschaft voranzubringen, bleibt sie eine eigene Initiative und eigene zusätzliche Investitionen schuldig.

## II. DEUTSCHLAND HAT EINE BESONDERE VERANTWORTUNG

Deutschland hat als international angesehenes, wirtschaftlich erfolgreiches und technisch fortgeschrittenes Land eine zentrale Bedeutung. Die Bundesregierung muss die von uns begonnene Energiewende konsequent fortsetzen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass andere Staaten folgen.

Doch bislang fehlt es der Bundesregierung an einer klaren Linie in ihrem politischen Handeln. Die Ressorts betreiben kurzsichtige Politik, jedes auf sein begrenztes Themengebiet beschränkt. Das führt immer wieder zu Widersprüchen, Blockaden, Ressourcenvergeudung und sich ausschließenden Politikansätzen. So protegiert Merkel zum Beispiel weiterhin den ungehemmten Freihandel, während Minister Müller von einem fairen Handel spricht. Gabriel hält grundsätzlich weiter an der klimaschädlichen Kohle fest, während Hendricks von ökologischen Belastungsgrenzen der Erde redet, aber gleichzeitig das umweltschädliche Fracking verteidigt. Im Verteidigungsministerium werden für verzögerte Rüstungsprojekte Teuerungen in Milliardenhöhe einfach akzeptiert, aber bei der Winterhilfe für syrische Flüchtlinge oder zum Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels fehlt es an den nötigen Mitteln.

Die Bundesregierung ist der jahrelangen grünen Forderung entgegengekommen und hat für das kommende Jahr 1,2 Milliarden Euro mehr für die Entwicklung angekündigt. Allerdings fehlt bis heute ein konkreter Plan, wie und bis wann das 0,7 Ziel erreicht werden kann. Zudem konterkariert die Bundesregierung diese richtige Mittelaufstockung mit einer Erhöhung des Wehretats. Wer auf der einen Seite mehr Geld für Entwicklung und Klima einstellt, während gleichzeitig Milliarden in teure und sinnlose Rüstungsprojekte versenkt werden, ist nicht glaubwürdig.

Mit einer solchen Politik der Widersprüche und ohne gemeinsamen Kompass wird es für Deutschland unmöglich, die Chancen, die das Gipfeljahr bietet, zu nutzen. Die Bundesregierung muss endlich ihrer Verantwortung nachkommen.

Für Deutschland bedeutet das:

- »» Der Kohleausstieg muss auf den Weg gebracht werden. Wir wollen durch den weiteren intensiven Ausbau der Erneuerbaren Energien teure Energieimporte einsparen und dieses Geld besser in unsere Zukunft investieren. Wir dürfen uns nicht abhängen lassen im globalen Wettbewerb um die Technologien von morgen. Mit Energiesparen und dem Einsatz erneuerbarer Energien in der Wärme lassen sich bis 2030 bei gleichzeitigem Kohleausstieg so viel Gasimporte einsparen, wie wir jetzt jährlich aus Russland beziehen.
- »» Deutschland braucht ein Klimaschutzgesetz, das bis 2050 jährliche Reduktionsziele verbindlich festlegt, sowie die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises, der bis zu einer europäischen Regelung zunächst national eingeführt wird.
- »» Die Bundesregierung muss endlich einen transparenten und realistischen „Aufholplan“ für das 0,7-Prozent-Versprechen vorlegen. Trotz des Zuwachses für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Klimafinanzierung ist das 0,7-Prozent-Ziel noch immer in weiter Ferne. Vielmehr dienen die zusätzlichen Mittel bei sprudelnden Haushaltszahlen lediglich der Konsolidierung der Quote bei mageren 0,4 Prozent. Mehr Mittel sind dringend notwendig um glaubwürdig zu sein.
- »» Dafür brauchen wir Maßnahmen, die eine doppelte Steuerungsfunktion haben, indem sie Fehlentwicklungen korrigieren und Mittel zur Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus bereit stellen:
  - »» Über 50 Milliarden Euro umwelt- und klimaschädliche Subventionen müssen schrittweise und zügig abgebaut werden, um so bestehende Fehlanreize zu beseitigen und diese Gelder stattdessen für die Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz verwenden zu können.
  - »» Die Einführung einer anspruchsvollen Finanztransaktionssteuer mit einer breiten Steuerbasis würde Deutschland über zehn Milliarden Euro Einnahmen bringen. Damit macht sie insbesondere den Hochfrequenzhandel weniger attraktiv und beteiligt die Finanzindustrie an den dringend notwendigen Investitionen für europäische und globale Gerechtigkeit sowie für den Klimaschutz.
  - »» Deutschland sollte aktiv von dem Vorhaben Abstand nehmen, die Rüstungsausgaben im Verteidigungshaushalt auf zwei Prozent des BIP anzuheben und damit den Haushalt um weitere 23 Milliarden Euro zu belasten. Es wäre ein wesentlich nachhaltigerer Beitrag für Frieden und Sicherheit auf der Welt, wenn Deutschland dieses Geld in den Klimaschutz und die Bekämpfung globaler Ungleichheit investieren würde.

2015 ist das Jahr der Chancen für eine gerechtere und nachhaltigere Entwicklung aller. Deutschland muss diese Chancen aber auch nutzen. Jetzt ist der Zeitpunkt einen großen Schritt in Richtung globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Zukunftsfähigkeit zu gehen.